

HANAU

## Der Schock sitzt tief



Trauer um die Opfer rassistischer Gewalt in Hanau

Foto: Getty Images

### Reaktionen auf den rechtsextremistischen Anschlag

von Canan Topçu, Eugen El

🕒 27.02.2020 13:33 Uhr

Schon kurz vor 18 Uhr war der Marktplatz voll. Rund 5000 Menschen versammelten sich nach Schätzungen der Polizei am vergangenen Donnerstagabend in der Hanauer Innenstadt, um ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen und Anteilnahme mit den Hinterbliebenen des Attentats auf zwei Shisha-Bars auszudrücken, bei dem am Mittwoch vergangener Woche neun Menschen ermordet wurden.

Und sie warten auf Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Gegen 18.20 Uhr betritt er mit dem hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, dem Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky und Zentralratspräsident Josef Schuster die Bühne.

**URTEILE** Schuster erklärt, es sei ein klares Zeichen gegen rechtsextremistische Taten, dass so viele Menschen gekommen sind. Nach diesem »Geschehen« müsse einmal mehr überlegt werden, ob genug gegen rechte Gewalt getan werde. Er sehe mehr Verantwortung bei den Sicherheitsorganen, aber auch bei der Justiz, und fordert Politik und Zivilgesellschaft nach dem rassistischen Anschlag zum Handeln auf. »Wir haben leider immer wieder Urteile erlebt, die ich für viel zu milde halte bei rassistischen Straftatbeständen.« Es müssten »klar abschreckende Urteile folgen«, sagt Schuster.

Der Zentralratspräsident betont, er sei in Gedanken bei den Opfern. »Es ist davon auszugehen, dass der Täter bewusst Menschen mit Migrationshintergrund treffen wollte.«

**Die Gefahr rechter Gewalttäter sei zu lange verharmlost worden, sagte Zentralratspräsident Josef Schuster.**

Nach der Mordserie des NSU, dem tödlichen Anschlag auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 und dem Attentat in Halle an Jom Kippur ziehe sich erneut eine »rechtsextreme Blutspur« durch Deutschland, sagt Schuster. Die Gefahr rechter Gewalttäter sei zu lange verharmlost worden. Er warf Polizei und Justiz vor, »auf dem rechten Auge eine Sehschwäche« zu haben.

**SOLIDARITÄT** Der Tag des Attentats gehöre nunmehr »auf immer zu den schwärzesten Tagen in der Hanauer Geschichte«, sagt Hanau Oberbürgermeister Claus Kaminsky und spricht den Familienangehörigen und Freunden der Opfer sein Mitgefühl aus. Es sei ein wichtiges Zeichen für die Familien, aber auch für die Stadtgesellschaft, dass der Bundespräsident und der hessische Ministerpräsident nach Hanau gekommen sind.

»Dass sie alle da sind, soll all denen, die mit verwirrten Gedanken unterwegs sind, zeigen: Rassismus und Hass gegen Mitmenschen haben keine Zukunft. Wir sind mehr, und wir stellen uns ihnen als überzeugte Demokraten entgegen.«

Steinmeier appelliert, Rücksichtnahme und Solidarität zu zeigen: »Wir stehen zusammen. Wir halten zusammen.« Dies sei das stärkste Mittel gegen den Hass. Der Bundespräsident bezeichnete das Geschehen in Hanau am Mittwochabend als »furchtbar« und als »Terrorat«. Terror bedeute nichts anderes, als »durch Gewalt und Tod Schrecken zu verbreiten, Angst zu machen, uns auseinander zu treiben«.

**Bundespräsident Steinmeier  
appelliert, Rücksichtnahme und  
Solidarität zu zeigen: »Wir stehen  
zusammen. Wir halten zusammen.«**

**RASSISMUS** Bundeskanzlerin Angela Merkel verurteilte die rassistisch motivierten Morde umgehend: »Rassismus ist ein Gift, der Hass ist ein Gift. Und dieses Gift existiert in unserer Gesellschaft. Und es ist schuld an schon viel zu vielen Verbrechen. Von den Untaten des NSU über den Mord an Walter Lübcke bis zu den Morden von Halle.«

Auch die israelische Botschaft reagierte: »Wir trauern um die Opfer des schrecklichen Anschlags in Hanau. Wir verurteilen dieses abscheuliche, rassistische, xenophobe Hassverbrechen. Unsere Gedanken und unser tiefes Mitgefühl sind bei den Familien und Freunden der Ermordeten«, heißt es in einem Tweet.

Ebenso drückte das Internationale Auschwitz Komitee sein Entsetzen über die Gewalttat aus. Auschwitz-Überlebende in aller Welt würden in den Morden eine neue Demonstration der Macht rechtsextremen Hasses sehen, »der immer alltäglicher wird und überall auftreten kann«, sagte Christoph Heubner, Exekutiv-Vizepräsident des Komitees.

**MASSNAHMEN** Nach der Gewalttat von Hanau äußert sich auch der Jüdische Weltkongress (WJC) »extrem besorgt über die zunehmende Bedrohung von Minderheiten in Deutschland von beiden Seiten der politischen Landschaft«. Die Ereignisse in Hanau seien »nur zwei weitere Beispiele für die rechtsextreme Gewalt gegen jüdische Bürger, Einwanderer und alle Menschen, die möglicherweise nicht zu einer langjährigen und bizarren rassistischen Sichtweise einiger deutscher Bürger passen«, erklärte WJC-Präsident Ronald Lauder am Donnerstag vergangener Woche in New York.

»Gerade Deutschland muss für dieses tödliche und wachsende Problem sensibel sein«, ergänzt er. Nötig seien weitaus wirksamere Maßnahmen von Polizei und Behörden zum Schutz des Lebens der Minderheiten. Aber, so Lauder weiter, »nicht nur Minderheiten sind bedroht«. Diese Verbrechen stellten »die größte Bedrohung für das demokratische Gefüge der deutschen Gesellschaft und das Engagement Deutschlands dar, die Werte zu wahren, die den Kern seiner Nachkriegsidentität ausmachen«.

**Der Zusammenhang zwischen Hanau  
und dem Angriff auf die Synagoge in**

## Halle sei »offensichtlich«, betonte WJC-Präsident Ronald Lauder.

Der Zusammenhang zwischen Hanau und dem Angriff auf die Synagoge in Halle sei »offensichtlich«, betonte der WJC-Präsident. »Wenn die deutschen Behörden dies jetzt nicht mit strengen Gesetzen und effektiven Strafverfolgungsbehörden aufhalten, wird der Geist der fremdenfeindlichen Intoleranz, der seit 75 Jahren beherrscht schien, wieder losgelassen, und das kann sich die Welt nicht leisten.«

**GEMEINDE** Oliver Dainow vom Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen und viele Gemeindemitglieder waren bei fast allen Mahnwachen in Hanau dabei, auch bei der am vergangenen Donnerstag, als der Bundespräsident sprach. Die Stimmung unter den Hanauer Gemeindemitgliedern wenige Tage nach den rassistisch motivierten Morden beschreibt Dainow als »bedrückt«. Auch ihn beunruhigt der Zusammenhang zu dem rechtsextremistischen Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019.

»Die Ereignisse in Halle liegen noch nicht lange zurück und waren ein ganz großer Schock, den wir insofern gespürt haben, als Gemeindemitglieder zurückhaltender waren, was etwa den Gottesdienstbesuch betrifft.« Hanau habe damals sofort zu einer Solidaritätskundgebung aufgerufen, erinnert sich Dainow. »Halle ist noch keine 16 Wochen her.« Der Schock sitze tief. »Und jetzt passiert so etwas in unserer Stadt.«



AUSZEICHNUNG

### Armin Laschet erhält Israel-Jacobson-Preis

Union progressiver Juden in Deutschland ehrt nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten



BERLIN

### Besondere Verantwortung im Kampf gegen das Vergessen

Zentralratspräsident Josef Schuster zum deutschen IHRA-Vorsitz



BERLIN

### 17-Jähriger angegriffen und antisemitisch beleidigt

Erneut ist ein Jugendlicher Opfer eines offenbar jüdenfeindlich motivierten Angriffs geworden



»PALANDT«

## NS-Jurist auf dem Umschlag

Münchner Studierende fordern Umbenennung des Standardwerkes zum Bürgerlichen Gesetzbuch

von Michael Thaidigsmann  
🕒 02.03.2020



ROM

## Spurensuche im Vatikan

Die Archive sind geöffnet – Forscher aus aller Welt sichten Papiere aus der Zeit von Papst Pius XII.

🕒 02.03.2020



BRAUNSCHWEIG

## »Unverständlich und geschichtsvergessen«

Antisemitismusbeauftragter Felix Klein übt Kritik an Vortrag über Eva Braun. TU Braunschweig weist Vorwurf

~~zurück~~ 🕒 02.03.2020



INTEGRATIONSGIPFEL

## SPD und Grüne fordern Rassismusbeauftragten

Bundesinnenminister Seehofer (CSU) will unabhängigen Expertenkreis gegen Islamfeindlichkeit

~~einrichten~~ 🕒 01.03.2020



IHRA

## Allianz für die Erinnerung

Im März übernimmt Deutschland von Luxemburg den Vorsitz der International Holocaust Remembrance Alliance

von Michael Thaidigsmann  
🕒 27.02.2020



BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

## Verbot religiöser Symbole im Justizwesen rechtens

Vorschrift, die Rechtsreferendaren Tragen religiöser Symbole verbietet, ist mit Grundgesetz vereinbar

von Michael Thaidigsmann  
🕒 27.02.2020

JÜDISCHE ALLGEMEINE



---

**RESSORTS**

Politik

Jüdische Welt

Israel

Unsere Woche

Kultur

Religion

Gemeinden

**SERVICE**

Mediadaten

Mosse Verlag

Fotogalerien

Autoren

Glossar

**KUNDENSERVICE**

+49 30 275833 0  
Mo-Do 8.30-17.30 Uhr  
Fr 8.30-14.00 Uhr

verlag@juedische-  
allgemeine.de  
redaktion@juedische-  
allgemeine.de

© 2020 Jüdische Allgemeine

[Impressum](#) / [Datenschutzerklärung](#) / [AGB](#)